



ÖPP-Projekte: Ein durch und durch mieses Geschäft

Mitte Juli hat der Niedersächsische Landtag den milliarden-schweren Nachtragshaushalt beschlossen. Dafür wurde sogar die Schuldenbremse ausgesetzt. Das war gut und richtig. Schließlich gilt es die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Indes bleiben etliche Strukturfragen zur Zukunft des Landes ungelöst. Megaprojekte wie die sozial-ökologische Wende und der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehen allenfalls schleppend voran. Hinzu kommen weitere Großbaustellen wie sanierungsbedürftige Schulen, kaputte Straßen und zu wenige bezahlbare Wohnungen.

Und nun gibt es auch noch neue Hiobsbotschaften: Der Landesrechnungshof beziffert die Mehrkosten für die Neubauten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) auf 3 Mrd. Euro. Fast zeitgleich meldet die Landeshochschulkonferenz einen Sanierungsbedarf von 4,3 Mrd. Euro bei den Universitäten. Niedersachsen 2020 – der Investitionsstau geht um!

Doch statt Lösungen gibt es alten Wein in alten Schläuchen. Um den Problemen bei den Uni-Klinikbauten und Hochschulen zu begegnen, rühren Teile der Landespolitik und andere Interessierte die ideologische Werbetrommel für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP). Das wäre nichts anderes als eine Privatisierung von staatlicher Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Der Mechanismus läuft so: Der Staat soll seine Verantwortung abgeben und die Privatwirtschaft über Jahrzehnte alle Aufgaben – Finanzierung, Planung, Projektsteuerung und vor allem den Betrieb – übernehmen. Im Gegenzug muss der staatliche Vertragspartner jahrelang hohe Nutzungsgebühren abdrücken.

Begründet werden ÖPP-Projekte seit jeher mit Effizienz- und Kostengewinnen. Aber das ist ein Mythos. X-fach wurde nachgewiesen, dass sich ÖPP weder wirtschaftlich rechnen noch zu schnelleren Ergebnissen führen. Auch Niedersachsen

ist ein gebranntes Kind: Das 2017 mit großer Verzögerung gestartete ÖPP-Projekt zum Ausbau der Autobahn A7 bei Göttingen ist ein Reifall. Die Gesamtkosten wurden im Jahr 2012 auf 627 Millionen Euro taxiert. Mittlerweile sind sie um 60 Prozent auf ungefähr eine Mrd. Euro angewachsen. Hätte der Staat den Bau zügig selbst organisiert, wäre die Allgemeinheit sehr viel billiger davongekommen. ÖPP-Projekte sind eben ein durch und durch mieses Geschäft!

Erstaunlich ist das nicht. Die öffentliche Hand kann sich aktuell fast zum Nulltarif Geld leihen. Private Investoren müssen viel höhere Zinsen zahlen. Zusätzlich wollen sie Profite sehen. Die Renditeerwartungen liegen bei rund 6 Prozent. Im Vergleich mit einem ÖPP-Projekt würde Niedersachsen mit einem landeseigenen Fonds – Stichwort NFonds – erheblich günstiger fahren. Bei einer Investition in Höhe von einer Mrd. Euro und einem Lebenszyklus von dreißig Jahren fallen im öffentlichen Haushalt über eine Mrd. Euro weniger Kosten an (siehe Tabelle). Mathematik schlägt Ideologie.

Deshalb ist klar: Niedersachsen braucht keine teuren Privatisierungsfantasien. Die Landesregierung sollte per NFonds endlich selbst die Investitionsmaschinerie in Gang setzen. Öffentlich-Private Partnerschaften verpulvern nur Steuergeld!

Kostendifferenz zwischen ÖPP-Projekten und staatlichen NFonds

	ÖPP	NFonds
Investitionshöhe	1 Mrd. Euro	1 Mrd. Euro
Lebenszyklus	30 Jahre	30 Jahre
Gesamtkosten über 30 Jahre	2,18 Mrd. Euro	1,08 Mrd. Euro
Rendite bzw. Zinsen: ÖPP 6% / NFonds 0,5%		
Jährliche Belastung für den öffentlichen Haushalt	72,5 Mio. Euro	36 Mio. Euro
Differenz pro Jahr	-> 36,5 Mio. Euro	
Differenz insgesamt	-> 1,10 Mrd. Euro	

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Basis von interhyp.de 2020